



Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Pressemitteilung

Berlin / Hamm, 22.05.09

Kanzlerin und Minister folgen Bauernverband, der sich zum „Feind“ der Milchbäuerinnen erklärt

Minister und Bauernverband wollen die Situation offenbar noch weiter zuspitzen. Subventionen ändern an existenzbedrohlichem Milchpreis rein gar nichts

„Dass die Kanzlerin auf einen Milchviehbetrieb fährt und dass die Agrarministerinnen und Agrarminister von Bund und Ländern zu einer Sondersitzung zusammengekommen, das ist eine Reaktion auf die beeindruckende Aktionswoche der Milchbäuerinnen in Berlin. Aber die Forderungen der Milchbäuerinnen und Milchbauern nach wirkungsvollen Maßnahmen zur Anpassung der Menge an den Bedarf schlagen Minister und Kanzlerin mit aller Schärfe in den Wind. Es ist offensichtlich, dass Kanzlerin und Minister gemeinsam mit dem Bauernverband die Situation noch weiter zuspitzen wollen. Sie suchen die offene Auseinandersetzung. Dazu passt, dass sich der Präsident des Bauernverbandes selbst zum ‚Feind‘ der Milchbäuerinnen erklärt hat“, kommentiert **Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf**, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

„Herrn Sonnleitner ist nicht Feind, sondern politischer Gegner der Milchbäuerinnen und Milchbauern, weil er nicht ihre Interessen, sondern die der Milchindustrie vertritt. Ganz deutlich wurde dies, als die beim Milchgipfel des letzten Jahres vereinbarten Forderungen der Milchbauern dann auf Drängen des Bauernverbandes durch den Wortbruch der Minister im Bundesrat allesamt abgelehnt und nicht umgesetzt wurden. Auch jetzt setzt der Bauernverband alle Hebel in Bewegung gegen Rahmenbedingungen, die eine bedarfsorientierte Mengensteuerung ermöglichen könnten. Stattdessen bastelt der Bauernverband mit der Milchindustrie hinter verschlossenen Türen längst an Molkerei-Quoten, bei denen die Molkereien den Bauern die Bedingungen diktieren werden. Damit aber ändert sich für die Milchbauern nichts. Denn sie hätten weiterhin so wenig Einfluss auf die Marktregeln wie bei der bisherigen staatlichen Milchquote. Und einen kostendeckenden Milchpreis werden sie auch dann noch nicht erreichen“, so Graefe zu Baringdorf.

Die von den Ministerinnen und Ministern erneut in Aussicht gestellten Zahlungen sind nach Ansicht der AbL keine Hilfen für die Milchbauern. „Liquiditätshilfen basieren auf Krediten. Die können nur zurückgezahlt werden, wenn der Milchpreis steigt, damit beim Melken nicht länger Verluste gemacht werden. Die Direktzahlungen, deren Auszahlung nun um ein paar Monate vorgezogen werden soll, stehen den Betrieben ohnehin zu. Wenn sie früher gezahlt werden, ist das Loch zur Jahreswende wieder da, es sei denn, der Milchpreis steigt wieder auf ein kostendeckendes Niveau. Aber solange die Menge nicht reduziert wird, klappt das nicht. Das gleiche gilt für den Agrardiesel: Die Mineralölsteuer auf Agrardiesel zu senken ändert doch an der Milchmenge und damit am Milchpreis nichts. Selbst wenn die Steuer ganz gestrichen würde, ergäbe das auf den Milchviehbetrieben eine Entlastung von rund 1 Cent je Liter Milch, aber beim Milchpreis fehlen 15 Cent und mehr“, so der AbL-Vorsitzende.

„Dies alles hätte Bundeskanzlerin Angela Merkel von den Milchbäuerinnen in Berlin erfahren können“, stellt Graefe zu Baringdorf fest.